

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 06 86 846-48 ppbn d



Inhalt

Ein Beispiel an Solidari- tät, Treue und Verlässlich- keit

Bundestagsvizepräsidentin
Annemarie Renger zum To-
de von Karl Herold

Seite 1/2

Deprimierende Entwicklung der Rüstungskosten

Betram Blank MdB zum Ver-
teidigungsaufwand der Bun-
desrepublik

Seite 3-5

Solidarität mit Chiles Volk weiterhin notwendig

Jürgen Schmude MdB zur
Chile-Konferenz der Sozia-
listischen Internationale

Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Kölner Straße 108-112,
5300 Bonn-Bad Godesberg
Telefon: (0 22 21) 37 86 11

32. Jahrgang / 167

1. September 1977

Ein Beispiel an Solidarität, Treue und Verlässlichkeit

Zum Tode von Staatssekretär i.R. Karl Herold

Von Annemarie Renger MdB
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Ein Freund ist nach schwerem Leiden von uns gegangen, ein politischer Weggenosse, der seit den Anfängen unserer Republik Politik immer als unmittelbare Hilfe für den benachteiligten Mitmenschen verstand. Solidarität, Treue und Verlässlichkeit prägten seine Person und waren beispielgebend für diejenigen, denen er sich verbunden fühlte. Er gehörte zu den Menschen, bei denen politische Überzeugung und praktisches Handeln eine harmonische Einheit bildeten.

Die schrecklichen Erlebnisse der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges und die für die Betroffenen verheerenden Folgen bestimmten das Feld seines menschlichen und politischen Wirkens. Das Fundament hierfür fand er in der Sozialdemokratie, der sich anzuschließen seiner Herkunft nach nicht selbstverständlich war.

Es war für ihn undenkbar, sich auf den Aufbau seiner eigenen selbständigen Existenz zu beschränken, ohne nicht auch zugleich aktiv mitzuwirken am Aufbau eines neuen demokratischen Gemeinwesens und dessen Wiedereingliederung

in eine friedliche Völkergemeinschaft. Dabei war er sich immer der Tatsache bewußt, daß die großen Ziele nur in der Mühe um den konkreten Einzelfall verwirklicht werden können. Davon zeugt seine parlamentarische Arbeit, die ihren Schwerpunkt in den Ausschüssen für Jugendfragen, für Kriegsoffer und im innerdeutschen Ausschuß hatte, wo er sich besonders der Probleme des Zonenrandgebietes annahm. Die Bürger seines eigenen Wahlkreises hatten in ihm einen engagierten Anwalt. Das gilt auch für seine zehnjährige kommunale Tätigkeit als Stadtrat in Kulmbach. Der Arbeiterwohlfahrt, deren bayerischer Vorsitzender und stellvertretender Bundesvorsitzender er war, fühlte er sich besonders verbunden. Seine persönliche Initiative und führende Mitarbeit in der Kriegsgräberfürsorge war für ihn auch ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Völkerversöhnung, die er gerade auch der Jugend nahebringen wollte.

Dem gleichen Ziel diente seine Mitgliedschaft in der Beratenden Versammlung des Europarates und in der Versammlung der Westeuropäischen Union.

Als er 1969 zum Parlamentarischen Staatssekretär im Ministerium für innerdeutsche Beziehungen berufen wurde, sah Karl Herold darin vor allem den Höhepunkt seiner politischen Laufbahn als eine Chance, praxisnah Mittler zwischen Parlament und Regierung zu sein.

Seine besondere Gabe, Vertrauen zu gewinnen, half ihm dabei. So genoß er auch über die politischen Gegensätze hinaus in allen demokratischen Parteien großes Ansehen. Wir, die wir uns als enge Freunde von Karl Herold fühlen durften, verlieren nicht nur einen politischen Mitstreiter von überzeugender Gradlinigkeit, sondern einen Menschen, dessen Verlust uns ärmer macht. (-/1.9.1977/bgy/hgs)

+ + +

Depremierende Entwicklung der Rüstungskosten

33 Milliarden: zu wenig oder zuviel für die Bundeswehr?

Von Bertram Blank MdB

Berichterstatler der SPD-Bundestagsfraktion für den Verteidigungshaushalt

Reichen die 33 Milliarden aus, die die Bundesrepublik in diesem Jahr für die Bundeswehr aufwendet, um die äußere Sicherheit zu gewährleisten, oder könnte der Verteidigungsminister auch mit einigen Milliarden weniger auskommen? Diese Frage findet im Deutschen Bundestag unterschiedliche Antworten. Sie ist aber auch in der Öffentlichkeit kontrovers.

Während die Parlamentsopposition immer wieder und auch in den Haushaltsdebatten des Jahres 1977 Zweifel daran geäußert hat, ob die bislang von der sozial-liberalen Koalition für Verteidigungszwecke veranschlagten und bewilligten Mittel ausreichen, um die für unsere Sicherheitspolitik notwendige Verteidigungsstärke - vor allem langfristig - zu gewährleisten, wird in der Öffentlichkeit weithin, aber auch bei einigen Abgeordneten der Koalition die Auffassung vertreten, für Verteidigungszwecke werde, insbesondere in Anbetracht schwerwiegender finanzieller Probleme bei den Renten, der Arbeitslosenversicherung, im Bereich der Bildung - um nur einige zu nennen -, zu viel Geld ausgegeben. Hier und da begegnet man auch der Kritik, daß die Verteidigungsausgaben, gemessen an den Entspannungsbemühungen der Koalition und den unstreitigen Erfolgen ihrer Politik seit 1970, zu stark gestiegen seien. Manche äußern die Sorge, die Glaubwürdigkeit unserer Abrüstungsbemühungen im Rahmen der KSZE-Folgekonferenz und der Verhandlungen über gegenseitige ausbalancierte Rüstungsvermindierungen würde durch den hohen Verteidigungsaufwand der Bundesrepublik empfindlich geschwächt.

Auch wenn man das polemische Element in der Argumentation der Opposition beiseite läßt, kann diese außerordentlich widersprüchliche Diskussion in Parlament und Öffentlichkeit nicht überraschen; es gibt keine einfachen und für jedermann erkennbaren Maßstäbe, an denen man etwa durch nationale oder internationale Vergleiche Hinweise dafür gewinnen könnte, ob die Verteidigungsausgaben der Bundesrepublik angemessen, zu niedrig oder zu üppig bemessen sind.

Ungeeignet ist der Vergleich der Anteile der Verteidigungskosten an den Gesamthaushalten verschiedener Rechnungsjahre. So ist es müßig, das Verhältnis der Verteidigungsaufwendungen zu den Gesamthaushalten der Aufbauphase der Bundeswehr in den Jahren 1955 bis 1963 mit den Verhältniszahlen etwa von 1970 bis 1977 zu vergleichen: Es ist selbstverständlich, daß der Anteil von 33 Prozent im Jahre 1963, also in dem Jahr, in dem die Bundeswehr personell und im Hinblick auf die Ausrüstung auf die NATO-Sollstärke gebracht wurde, wesentlich höher war als die Anteile in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, als es darum ging, eine voll ausgebaute Bundeswehr mit dem nötigen Unterhaltungs- und Modernisierungsaufwand zu versehen.

Wenn SPD und FDP in der Auseinandersetzung mit der Polemik der Opposition darauf verweisen, daß die Zuwachsraten der Verteidigungshaushalte seit 1970 bis 1976 nominal 66,8 Prozent und unter Berücksichtigung der Preissteigerungsrate real 22,8 oder im Jahresdurchschnitt 3,8 Prozent betragen, während unter CDU-Verteidigungsministern im Zeitraum 1964 bis 1970 lediglich ein Zuwachs von 10,9 Prozent nominal und damit angesichts einer Preissteigerungsrate von rund 23 Prozent real ein Absinken von 12 Prozent oder 17 Prozent im Jahresdurchschnitt zu verzeichnen war, so muß man selbstkritisch einräumen, daß in der damit verknüpften pauschalen Wertung, die CDU/CSU habe die Bundeswehr vernachlässigt, natürlich auch ein gut Teil Polemik liegt. Denn einmal sind

in den Jahren 1964 bis 1970 keine wesentlichen Großbeschaffungen durchgeführt worden, während der Zeitraum von 1970 bis 1976 durch die Umrüstung aller Teilstreitkräfte mit Waffen der zweiten Generation gekennzeichnet ist. Zum anderen sind in diesen Jahren etwa die Personalkosten um über 80 Prozent und der Aufwand für Bildung und Ausbildung sprunghaft von 470 Millionen DM auf 1.01 Milliarde DM oder um 114,9 Prozent - also überproportional - gestiegen.

Daß trotz dieser zusätzlichen Belastungen des Wehretats die Verteidigungsinvestitionen, das heißt, die Mittel, mit denen die Ausrüstung der Streitkräfte mit modernen Waffen und Gerät finanziert wird, auf rund 31 Prozent der Gesamtausgaben für Verteidigung gebracht werden konnten, ist das besondere Verdienst der sozialdemokratischen Verteidigungsminister Schmidt und Leber und ihrer zivilen und militärischen Entscheidungshelfer. Ihnen ist es bei einer beachtlichen Anstrengung der gesamten Bundeswehr gelungen, den Unterhaltungsaufwand durch konsequente Rationalisierungsmaßnahmen auf das unbedingt notwendige Maß zurückzuführen.

Ungeeignet als Maßstab ist auch der gern gemachte internationale Vergleich der Anteile der Verteidigungskosten am Bruttosozialprodukt. Da etwa das Bruttosozialprodukt der USA nahezu doppelt so hoch ist wie dasjenige der UdSSR, besagen die für die sowjetischen Verteidigungsanstrengungen geschätzten elf bis 15 Prozent des Bruttosozialprodukts allenfalls etwas über die ungeheure Belastungen, die Rußland seiner Bevölkerung für diese Zwecke zumutet. Offensichtlich wird dadurch, daß eine wesentliche Steigerung dieses Anteils nur zu Lasten wichtiger anderer Interessen der Volkswirtschaft gehen würde, während es den USA nicht so schwer fallen dürfte, die 5,9 Prozent um ein oder zwei Punkte zu erhöhen und damit die absoluten Aufwendungen von 99,1 Milliarden Dollar auf rund 133 Milliarden zu steigern. Der Vergleich der Prozentzahlen, die die Bundesrepublik nach NATO-Kriterien - Kosten der Ausrüstung und Unterhaltung der Bundeswehr, Kosten der Zivilverteidigung, Berlinhilfe usw. - für die äußere Sicherheit leistet, mit denjenigen der UdSSR oder der USA führt zu nichts, da die Bundeswehr, gemäß ihrem nationalen und NATO-Auftrag keine strategischen Waffen hat. Damit sind die 4,2 Prozent vom Bruttosozialprodukt 1977 auch angesichts der wesentlich höheren Prozentzahlen der UdSSR eine beachtliche und wirksame Leistung.

Geben alle diese Pauschalvergleiche wenig her, so gibt es dennoch einen konkreten Maßstab: Wird die Frage bejaht, ob die Verteidigungsausgaben ausreichen, um den laufenden Unterhalt der Bundeswehr und ihrer Einrichtungen zu bestreiten und die notwendigen Modernisierungsmaßnahmen durchzuführen, so ist der jeweilige Haushaltsansatz im Einzelplan 14 angemessen. Angesichts der hohen Präsenz der Bundeswehr und einer Ausrüstung mit Waffen und Gerät, die jeden internationalen Vergleich aushält, erweisen sich die Haushaltsansätze seit 1970 als angemessen aber auch als notwendig. Das gleiche gilt für die Aussagen der mittelfristigen Finanzplanung: werden die für die Verteidigungshaushalte geplanten Ansätze verwirklicht, so können die bei allen Teilstreitkräften notwendigen Umrüstungen durchgeführt werden. Die bereits dem Verteidigungsausschuß und dem Haushaltsausschuß zur Kenntnis gebrachten Beschaffungsmaßnahmen sind dann finanzierbar.

Damit ergibt sich aber die Frage, wie die kritische These zu beurteilen ist, die Bundesrepublik gebe im Hinblick auf ihre Friedens- und Entspannungspolitik zuviel Geld für Rüstung aus; durch die Ausrüstung - etwa der Luftwaffe mit Waffensystemen der dritten Generation, z.B. dem TORNADO - beteilige sie sich am Wettrüsten. Um den zweiten Teil dieses Einwandes gleich zu beantworten: Ich habe keinen Zweifel, daß das so ist. Nachdem die Chancen hochfliegender und im herkömmlichen Sinne tieffliegender Kampfflugzeuge die gegnerische Luftabwehr zu überwinden, durch die Zuführung radar- und rechnergesteuerter Fla-Raketen und -rohrwaffen nach den Erkenntnissen des Vietnam-Krieges und des letzten Nahost-Krieges sehr gering sind, ist es fast unvermeidlich, die Luftwaffen mit Flugzeugen auszurüsten, die das gegnerische Radar im Tiefflug unterfliegen können. Dementsprechend haben die USA und die UdSSR ihre Luftwaffen mit Schwenkflüglern ausgestattet, die ihre Aufträge im Tiefflug, zudem bei Nacht und jedem Wetter, durchführen können. Angesichts der außerordentlich starken und voll beweglichen Fla-Ausrüstung der

gepanzerten und mechanisierten Divisionen des Warschauer Paktes bleibt der Bundeswehr gar nichts anderes übrig, als diese Entwicklung nachzuvollziehen, wenn die Luftwaffe ihre Hauptaufgabe im Verteidigungsfall - die Abriegelung des Gefechtsfeldes - auch künftig erfüllen soll. Das wird aber mit Sicherheit dazu führen, daß die Staaten des Warschauer Paktes ihrerseits ihre Luftabwehr mit neuen oder wirksameren Waffen ausrüsten müssen, um dieser Bedrohung zu begegnen.

Anhand dieses Beispiels wird dreierlei deutlich:

1. Die Beschaffung des Waffensystems TORNADO ist bei einem Gesamtsystempreis, der über fünf- bis sechsfach so hoch ist wie der Preis des hierdurch zu ersetzenden Starfighters vom Typ F 104 G, angesichts der Entwicklung der Fla-Waffen unausweichlich.
2. Diese Beschaffung löst mit hoher Wahrscheinlichkeit eine weitere Drehung der Rüstungsschraube bei den Streitkräften des Warschauer Paktes aus. Das gleiche gilt vermutlich auch für die geplante Umrüstung der übrigen Teilstreitkräfte der Bundeswehr. Daraus ersieht man, daß es müßig ist, allzu viele Gedanken darauf zu verwenden, wer welche Schraubendrehung im Wettüsten ausgelöst hat oder noch auslösen wird. Um im Bilde zu bleiben: jeder Teil einer Schraube bewegt diese in gleicher Weise.
3. Daraus folgt, daß das Wettüsten unser Schicksal bleiben wird, wenn es nicht gelingt, substantielle Fortschritte insbesondere bei den Verhandlungen in Wien zu erreichen. Denn keiner der Gesprächspartner kann es sich leisten; auf technisch-wirtschaftlich mögliche Waffenentwicklungen zu verzichten, solange er nicht sicher sein kann, daß der mögliche Gegner diese Entwicklung benutzt, um den ohne hin äußerst labilen Gleichgewichtszustand in Europa zu seinen Gunsten zu verändern.

Zugleich beantwortet dies die erste Frage nach der Notwendigkeit des hohen Aufwandes für Zwecke der äußeren Sicherheit: Da der Bundesrepublik insbesondere im Stadium der MBFR-Verhandlungen an einer einseitig, zugunsten der Staaten des Warschauer Paktes wirkenden Verschiebung des militärischen Kräfteverhältnisses nicht gelegen sein kann, waren die hohen Zuwachsraten der Verteidigungshaushalte seit 1970 notwendig und ein Ende dieser Entwicklung ist noch nicht abzusehen. Nach den Erfahrungen mit der sich steigernden Geschwindigkeit der technologischen Entwicklung auch auf dem Rüstungssektor und einer kaum zu bremsenden allgemeinen Kostenentwicklung, dürfte es kein übertriebener Pessimismus sein, daß sich die Rüstungskosten progressiv entwickeln werden.

Das Ergebnis dieser Betrachtungen ist sicherlich deprimierend. Der Bevölkerung unseres Landes mußten in den Jahren der sozial-liberalen Koalition jährlich real um fast vier Prozent steigende Verteidigungskosten zugemutet werden, obwohl auf dem Gebiet der Außen- und Deutschlandpolitik eindeutige Fortschritte in Richtung auf mehr Frieden und Entspannung erreicht wurden. Dies hat auf dem Gebiet der innereuropäischen Rüstungsbeschränkungen zu keinen merklichen Erfolgen geführt. Im Gegenteil: die Kosten, aber auch die Gefährlichkeit der beiderseitigen Waffenrüstungen steigen immer schneller. Damit werden das labile Gleichgewicht in Europa und damit die Sicherheit gefährdet und den Volkswirtschaften der beiden konkurrierenden Bündnissysteme in steigendem Maße Ressourcen entzogen, die für nationale Zwecke, vor allem aber für die Bewältigung des Nord-Süd-Konfliktes dringend benötigt werden. Wenn dieser Entwicklung nicht Einhalt geboten wird, werden die Industriestaaten in Ost und West den Frieden nicht gewinnen und die Chance verspielen, den Ausgleich mit den Ländern der Dritten Welt zu erreichen.

(-/1.9.1977/ks/hgs)

Solidarität mit Chiles Volk weiterhin notwendig

Demokratische Sozialisten gegen Unterdrückung von Demokratie und Menschenrechten

Von Dr. Jürgen Schmude MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises für Außen- und Entwick-
lungspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Auch wenn seit dem gewaltsamen Sturz der letzten demokratischen Regierung Chiles unter Salvador Allende inzwischen vier Jahre vergangen sind, darf der Kampf gegen die chilenische Diktatur und für die Wiederherstellung von Demokratie und Menschenrechten nicht nachlassen. Das war die übereinstimmende Auffassung aller Teilnehmer der soeben in Rotterdam beendeten Chile-Konferenz der Sozialistischen Internationale mit Vertretern der Unidad Popular, dem Bündnis der Regierungsparteien der Allende-Zeit, und mit Sprechern des chilenischen Gewerkschaftsbundes. Auch ein der Konferenz übersandtes Memorandum der Christlichen Demokraten Chiles stellte den Kampf um die Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse in den Vordergrund.

Während der dreitägigen Dauer wurde in vollem Umfang der Zweck der Konferenz erreicht, Erfahrungen und Anregungen zwischen der Sozialistischen Internationale und den größtenteils im Exil lebenden Politikern und Gewerkschaftern des demokratischen Chile auszutauschen und gemeinsam über den weiteren Weg nachzudenken. Dabei geht es darum, politisch verfolgte Chilenen weiterhin aufzunehmen und zu unterstützen, wie das die Bundesrepublik Deutschland bisher in etwa zweitausend Fällen getan hat. Ebenso wichtig ist aber eine Strategie, die zur baldigen Ablösung der chilenischen Diktatur führt.

Die Gründe für eine schnelle politischen Änderung in Chile sind so dringlich wie je zuvor. Die politische Verfolgung hält dort ungeachtet der öffentlich angekündigten Erleichterungen an. Das wirtschaftliche Elend der breiten Schichten des Volkes nimmt an Schärfe angesichts inflatorischer Preisentwicklung und wachsender Arbeitslosigkeit immer noch zu.

Allein durch Einwirkung von außen kann der notwendige Wandel nicht bewirkt werden. Die besondere Verantwortung dafür liegt auf allen Gegnern der Diktatur in den chilenischen Parteien und in der Gewerkschaftsbewegung. Sie werden sich mehr und mehr der Notwendigkeit bewußt, weitreichende programmatische Absichten ebenso wie parteipolitische Gegensätze zurückzustellen zugunsten der allein vorrangigen Aufgabe, durch Zusammenfassung aller dazu bereiten Kräfte der Diktatur den Boden zu entziehen. Den noch Zaudernden rief der deutsche Gewerkschafter und Sozialdemokrat Max Diamant das Überleben der Franco-Diktatur nach dem Zweiten Weltkrieg in Erinnerung. Spanische Exilpolitiker wollten damals aufs Ganze gehen und schlossen den nur kompromißweisen Übergang zur Demokratie aus. Aber der scheinbar hoffnungslos geschwächte Diktator konnte seine Macht wieder festigen und weitere dreißig Jahre ausüben, bis es dann doch zum jetzigen Kompromiß kam.

Die Vertreter der Sozialistischen Internationale bekundeten die Bereitschaft ihrer Parteien, den chilenischen Demokraten bei der Sammlung ihrer Kräfte und dem weiteren Kampf gegen die Diktatur zu helfen. Sie akzeptierten den Vorhalt von chilenischer Seite, daß auswärtige Handelsbeziehungen und wirtschaftliche Hilfeleistungen inzwischen ein Mehrfaches an Umfang im Vergleich zur Zeit demokratischer Regierungen Chiles erreicht haben. Sehr viel stärker als bisher ist künftig darauf zu achten, wie weit solche Leistungen lediglich zur Stärkung des diktatorischen Regimes führen. Wege sind zu finden und Mittel bis hin zum Boykott zu entwickeln, damit nicht das demokratische Ausland der Diktatur die Kraft gibt, trotz des kämpferischen Einsatzes der Demokraten und gegen den Willen der großen Mehrheit des Volkes weiterhin an der Macht zu bleiben.

Das Wiedererstarken der Demokratie in Chile kann zum Signal für ganz Lateinamerika werden. Die dort seit mehr als zehn Jahren wirksame Tendenz zu diktatorischen Militärregimen könnte dadurch eine Wende erfahren. Dieses Ziel lohnt hohen Einsatz und große Anstrengungen auch für die deutsche Sozialdemokratie. (-/1.9.1977/vo-he/hgs)